

Europäische Transferunion, das deutsche Menetekel, und wie man ihm begegnet

von Dr. Wolfgang Vonnemann, Berlin

Zum ersten Mal in der Geschichte der europäischen Integration soll Europa Quasi-Staatsanleihen begeben können, um sein Corona-Hilfspaket zu finanzieren und EU-Mitgliedstaaten (auch) mit nicht rückzahlbaren Zuschüssen unter die Arme zu greifen. Ein eigenes Besteuerungsrecht der EU ist in der Diskussion, um die europäischen Schulden zu refinanzieren.

Was für Frankreich ein historischer erster Schritt hin zu einer Transferunion ganz im Sinne der von Emmanuel Macron initiierten Debatte um den Aufbau „europäischer Souveränität“ ist, wird in Deutschland betont defensiv als eine einmalige Ausnahme in einer Krise historischen Ausmaßes beschrieben. Damit verpaßt Deutschland die Chance, die vom französischen Präsidenten gewollte Weiterentwicklung der Europäischen Union aktiv zu gestalten, und so einen Ausweg aus der Transferunion zu finden.

Ein deutsch-französischer Vorschlag legte den Grundstein für eine Entscheidung der EU, die von einer Reihe von politischen Beobachtern und vom französischen Staatspräsidenten selbst als „historisch“ bezeichnet wurde – historisch deshalb, weil der EU zum ersten Mal in erheblichem Umfang die Möglichkeit eröffnet wurde, Anleihen aufzunehmen, sich also am Kapitalmarkt zu verschulden. Diskutiert wird bereits darüber, die Refinanzierung des Hilfspakets auch durch Steuern, die von der EU erhoben werden, zu sichern.

Für Emmanuel Macron war diese Entscheidung, wie er in einem ausführlichen Interview mit der Zeitschrift „Le Grand Continent“ erläutert hat, ein historischer Kompromiß, mit dem eine „Transferunion“ geschaffen wird,

„die auf einer gemeinsamen Unterschrift und einer gemeinsamen Verschuldung basiert“. Und diese Transferunion ist für den französischen Staatspräsidenten „wirklich ein Schlüsselpunkt, um diese Souveränität des Euro aufzubauen und ihn zu einer echten Währung zu machen, die nicht oder deutlich weniger von anderen abhängt, und um Haushaltssouveränität innerhalb unserer Grenzen zu schaffen“.

Zweimal verwendet Macron in diesem Zitat den Begriff „Souveränität“, und allein das macht deutlich, daß der französische Präsident die Einigung über den Corona-Fonds als einen Schritt auf dem langen Weg zum „Aufbau europäischer Souveränität“ betrachtet. Unter diesem Leitgedanken steht seine

europapolitische Agenda, die er in seiner Rede an der Sorbonne am 26. September 2017 so zusammengefaßt hat:

„Allein Europa kann tatsächliche Souveränität gewährleisten, das heißt die Fähigkeit, in der heutigen Welt zu bestehen, um unsere Werte und unsere Interessen zu verteidigen. Es gilt, eine europäische Souveränität aufzubauen, und es besteht eine Notwendigkeit, sie aufzubauen.“

Zu den Bereichen, in denen europäische Nationalstaaten, ob größer oder kleiner, ihre Interessen gerade nicht mehr allein vertreten können, gehören auch nach Einschätzung Emmanuel Macrons die Verteidigung nach außen einschließlich der Sicherung der Außengrenzen, die Außenpolitik und eine europäische Fiskalpolitik, deren Notwendigkeit in Krisen, gleich welcher Natur, offensichtlich ist.

Einer europäischen Fiskalunion ist Europa nach französischer Ansicht mit dem Corona-Hilfspaket mindestens einen Schritt näher gekommen.

Deutschland hat bereits in der Entstehungsphase der Währungsunion Vereinbarungen wie den Stabilitätspakt durchgesetzt, die dem Schuldenmachen Grenzen setzen und den Bestand der gemeinsamen Währung sichern soll. Es hat besonderen Wert auf eine Regelung („No-Bailout) gelegt, die eine gemeinsame Haftung für Verbindlichkeiten der Mitgliedstaaten verbietet. Hinter dem Verbot der monetären Staatsfinanzierung steht die Befürchtung, daß die Staatsfinanzierung durch die Notenbank, also über die Druckerpresse, erhebliche Inflationsgefahren heraufbeschwört. Diese Regelung, erstmals im Vertrag von Maastricht, ist gleichfalls maßgeblich auf deutschen Einfluß zurückzuführen.

Diese Geschäftsgrundlage der gemeinsamen Währung, so jedenfalls eine in Deutschland weit verbreitete Ansicht, erodiert mehr und mehr, und es wachsen die Gefahren, neben der Inflationsgefahr die Gefahr einer unangemessen wachsenden Beanspruchung der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen. Das Corona-Hilfspaket gerät so zum Menetekel einer „Schuldenunion“, in der national bestimmte Staatsausgaben über gemeinsame europäische Schulden („Euro-Bonds“) finanziert werden. Die größte und stärkste europäische Volkswirtschaft wäre davon zweifellos am stärksten betroffen. Es ist daher nicht überraschend, daß die Politik der EZB seit 2012 Gegenstand zahlreicher Auseinandersetzungen vor dem Bundesverfassungsgericht gewesen sind.

Der Begriff der „Transferunion“ weckt vor allem in Deutschland die Angst davor, daß italienische oder spanische Staatsschulden, mit denen italienische oder spanische Staatsausgaben finanziert werden, von Deutschland im Notfall zu bedienen sind. Diese Angst wird von interessierter Seite instrumentalisiert, um gegen die europäische Integration insgesamt und nicht zuletzt die gemeinsame Währung Stimmung zu machen.

Deshalb ist man vor allem in deutschen Regierungskreisen bemüht, den Eindruck zu zerstreuen, der Corona-Hilfsfonds sei der Einstieg in eine europäische „Transferunion“. Jüngst berichtete die Süddeutsche Zeitung darüber, daß sogar der französische Finanz- und Wirtschaftsminister auf dem Wirtschaftsgipfel der Süddeutschen Zeitung erklärt hat: *„Wir bauen keine Transferunion.“* Und Bruno Le Maire betonte gleichzeitig: *„Ich verstehe vollkommen die Sorge vieler Deutscher vor dieser Idee der Transferunion.“*

Es drängt sich der Eindruck auf, als kämpfe die deutsche Regierung verbale Abwehrschlachten gegen die Entstehung einer Transferunion. Aber verbale Abwehrschlachten ändern nicht reale Gegebenheiten, und die politische Stimmung werden sie nur beeinflussen, wenn Realität und deren Beschreibung nicht auseinanderfallen. Die Realität ist aber nun einmal davon geprägt, daß zumal in Europa Krise auf Krise folgt. Die Hoffnung also, daß der Corona-Hilfsfonds eine Ausnahme bleibt, ist von vorneherein trügerisch. Und jede Krise ist im Zweifel geprägt durch die Notwendigkeit, finanzielle Ressourcen in Anspruch zu nehmen. Deutschland ist das Land, das über die stärksten Ressourcen verfügt.

Die Erfolgsaussichten der deutschen Abwehr“strategie“ sind also nicht sehr hoch zu veranschlagen, selbst wenn diese von französischen Regierungsmitgliedern unterstützt wird.

Bleibt also für Deutschland nur die Verweigerung, wenn die nächste Krise ansteht?

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß eine solche Haltung des wirtschaftlich stärksten Partners die Existenz des Euro und damit wohl auch der EU insgesamt in Frage stellen würde. Vorstellbar wäre daher eine solche Politik allenfalls in dem aus heutiger Sicht unwahrscheinlichen Fall einer Übernahme der Bundesregierung durch die rechtspopulistische AfD. Und der Autor wagt die Prognose, daß selbst diese Partei vor den Folgen einer Zerstörung des Euro und der EU zurückschrecken würde.

Gibt es also für die deutsche Europapolitik keinen Ausweg aus diesem Dilemma?

Doch, es gibt ihn, und er besteht darin, die französischen Vorschläge für eine Weiterentwicklung Europas aufzugreifen. Da diese Vorschläge bisher nur grob skizziert sind, besteht ein weiter Spielraum für eigene Gestaltungsideen.

Wohin sollte diese Weiterentwicklung Europas führen?

Nun, es wird eine föderal organisierte europäische Union sein müssen, die jene Aufgaben übernimmt, die kein Mitgliedstaat der EU allein ausfüllen kann. Außen- und Verteidigungspolitik gehören dazu, aber auch jene fiskalischen Möglichkeiten, mit denen nicht zuletzt in einer Krise europäische Bürger und europäische Unternehmen unterstützt werden. Eine europäische Regierung wird dies deutlich schneller, effizienter und zielgerichteter auf der Grundlage eigener Steuerkompetenz und eigener Kapitalmarktfähigkeit tun können als dies jetzt durch Programme möglich ist, die aus mühevollen nationalen Kompromissen entstanden sind, nicht nur aber auch deshalb, weil sie nicht auf deren Umsetzung durch nationale, oftmals von politischen Turbulenzen geschüttelte nationale Regierungen angewiesen wäre.

Ein schwieriger Weg, fürwahr – aber der einzig gangbare, um die deutsche Angst vor der Transferunion zu verscheuchen

Dr. Wolfgang Vonnemann, Christdemokrat und Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, ist beruflich als Anwalt in Berlin tätig und beschäftigt sich seit geraumer Zeit mit Europa und im besonderen der Fortentwicklung des europäischen Einigungsprozesses (<https://createurope.de>)